

Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2014

Marlene Schönberger

**Demoskopische Effekte sozialer
Erwünschtheit auf
antisemitische und
islamophobe Einstellungen
in der deutschen
Gegenwartsbevölkerung
am Beispiel der Studie
„Deutsche Zustände“**

Bachelorarbeit bei
Dr. Sebastian Huhnholz
SoSe 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Antisemitische und islamophobe Einstellungen in Deutschland.....	3
1.1 Jüd_innen und Antisemitismus in Deutschland.....	5
1.2 Muslim_a und Islamophobie in Deutschland.....	9
2. Theoretische Grundlagen.....	12
2.1 Der Effekt sozialer Erwünschtheit.....	12
2.2 Politische Korrektheit.....	13
2.3 Der Sozialkonstruktivismus.....	14
3. Deutsche Zustände: Antisemitismus und Islamophobie.....	15
3.1 Ergebnisse - Der Antisemitismus in Deutschland.....	16
3.2 Ergebnisse - Islamophobie in Deutschland.....	18
4. Verzerrungseffekte sozialer Erwünschtheit auf Antisemitismus und Islamophobie.....	19
4.1 Soziale Erwünschtheit und Antisemitismus.....	20
4.2 Soziale Erwünschtheit und Islamophobie.....	24
5. Fazit: Antisemitismus und Islamophobie - Unterschätzte Gefahren.....	28
6. Literatur.....	32

1. Antisemitische und islamophobe Einstellungen in Deutschland

In den Jahren 2002 bis 2012 untersuchte eine Forschungsgruppe rund um Wilhelm Heitmeyer gruppenbezogene menschenfeindliche Äußerungen und Handlungen in Deutschland und gab die zehn Bände umfassende Studie „Deutsche Zustände“ heraus. Ihr Ziel war es, die verschiedenen Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch die jährliche Befragung von 3000 Personen über einen Zeitraum von zehn Jahren zu untersuchen. So liefert die Erhebung, die bundesweit mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wurde, Ergebnisse in den Bereichen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte, Islamophobie und Sexismus (Heitmeyer 2005, S. 13-17).

Diese Arbeit möchte lediglich die Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ zu den Bereichen antisemitischer und islamophober Einstellungen in Deutschland darstellen und kritisch interpretieren. Ein ganz besonderes Augenmerk soll dabei auf der Anfälligkeit der Studie für den Effekt sozialer Erwünschtheit liegen. Natürlich können Studien niemals die in einer Gesellschaft tatsächlich vorhandenen Tatsachen eins zu eins abbilden. Häufig sind jedoch Anfälligkeiten für Verzerrungseffekte, wie den Effekt der sozialen Erwünschtheit, zusätzlich im Untersuchungsdesign angelegt. Für einen durch das Untersuchungsdesign begünstigten Verzerrungseffekt der sozialen Erwünschtheit ist die Studie „Deutsche Zustände“ ein gutes Beispiel: Grundlagen für einen derartigen Effekt bieten sowohl das untersuchte Problem der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit als auch das im Folgenden beschriebene Design der Studie. In der Erhebung „Deutsche Zustände“ wird der Antisemitismus als feindselige Mentalität, die sich gegen jüdische Gruppen und ihre Symbole richtet, beschrieben. Islamophobie wiederum „bezeichnet die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten“ (Heitmeyer 2005, S.15). Diese beiden Manifestationen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eignen sich ganz besonders gut, um die Auswirkungen sozialer Erwünschtheit auf Umfrageergebnisse zu untersuchen: Beide beziehen sich auf die Diskriminierung und Abwertung religiöser Minderheiten, so dass es rund um diese beiden Themen in den letzten Jahren zu öffentlichen Debatten gekommen ist, in denen in der Regel sowohl Vorurteile als auch soziale Sanktionen bedeutende Rollen spielten.

Aus diesem Grund stellt dieser Beitrag folgende Hypothese auf, um sie im weiteren Verlauf der Arbeit zu diskutieren:

H: Das reale Ausmaß des Antisemitismus' und der Islamophobie in Deutschland wird durch das Forschungsdesign der Studie „Deutsche Zustände“ auf Grund des Effekts sozialer Erwünschtheit nicht ausreichend bestimmt.

Neben den zuvor genannten Gemeinsamkeiten lassen sich zahlreiche Unterschiede finden, die auch den Umgang der christlich-säkular geprägten deutschen Mehrheitsgesellschaft mit Jüd_innen¹ und muslimischen Frauen und Männern und somit auch deren Antwortverhalten in Umfragen beeinflussen. So ist die jüdisch-deutsche Geschichte von der fast vollständigen Vernichtung des europäischen Judentums durch das deutsche NS-Regime geprägt, während die muslimisch-deutsche Geschichte vor allem von Integrationskonflikten und der Angst vor islamistischem Terror zeugt. Diese sehr unterschiedliche Historie und Bewertung des Islams und des Judentums in Deutschland könnte dazu führen, dass Datenerhebungen zu beiden Religionen und ihren Anhänger_innen in unterschiedlichem Ausmaß von Verzerrungseffekten durch soziale Erwünschtheit betroffen sind.

Im ersten Teil dieser Arbeit wird in aller Kürze auf die Geschichte und Gegenwart der Jüd_innen und Muslim_a in Deutschland eingegangen um das nötige Hintergrundwissen zu vermitteln und versucht, die Begriffe Antisemitismus und Islamophobie abzustecken. Im zweiten, theoretischen Teil soll ein genauerer Blick auf den „Effekt sozialer Erwünschtheit“, auf das Phänomen „Political Correctness“ und den Sozialkonstruktivismus geworfen werden. Der dritte Teil stellt die in dieser Arbeit diskutierten empirischen Daten zu Antisemitismus und Islamophobie in der deutschen Gegenwartsgesellschaft aus der Studie „Deutsche Zustände“ vor. Der vierte Teil fungiert als methodologische Kritik und geht näher auf mögliche Ursachen und Wirkungen eines vermuteten Verzerrungseffekts durch soziale Erwünschtheit auf die Daten der Studie ein. Es gilt die Hypothese zu begründen, dass der real gegebene Antisemitismus und die tatsächliche Islamophobie in Deutschland durch das vorliegende Forschungsdesign auf Grund des Effekts sozialer Erwünschtheit nicht ausreichend bestimmt werden können. In der Folge würde das bedeuten, dass das tatsächliche Ausmaß des Antisemitismus und der Islamophobie in der deutschen Gesellschaft mittels Umfragen dieser Art nur schwer zu ermitteln

1 In diesem Text wird der sogenannte Gender-Gap (vgl. Herrmann 2003) verwendet, um auf den Zusammenhang von Sprache, Geschlecht und Repräsentation hinzuweisen bzw. der normativen Zweigeschlechtlichkeit entgegenzuwirken.

ist und dass so die durch die Feindschaft auf Jüd_innen und Muslim_a drohenden Gefahren nicht abgeschätzt werden können. Diese Arbeit betrachtet den gesellschaftlichen und öffentlichen Umgang mit tendenziell antisemitischen oder islamophoben Äußerungen und Handlungen und kommt zu dem Schluss, dass sich die Hypothese nur teilweise zu bestätigen scheint: Da anti-jüdische Ressentiments in Deutschland stark tabuisiert sind, während anti-muslimische Einstellungen deutlich gesellschaftsfähiger sind, liegt es nahe, dass vor allem Erhebungen zu antisemitischen Einstellungen durch den Effekt der sozialen Erwünschtheit verzerrt werden und somit primär das Ausmaß des Antisemitismus' unterschätzt wird.

Im letzten Teil dieser Arbeit sollen aus den zuvor beschriebenen Ergebnissen Schlussfolgerungen bezüglich der Aussagekraft der Studie „Deutsche Zustände“ zu den untersuchten Themenfeldern, der künftigen Forschung, aber auch zum generellen Umgang mit Antisemitismus und Islamophobie gezogen werden.

Zunächst jedoch soll jeweils die unterschiedliche Historie der Jüd_innen und Muslim_a in Deutschland umrissen werden, um dann auf die theoretischen Grundlagen zum Effekt der sozialen Erwünschtheit und auf das Phänomen der „political correctness“ einzugehen. Ebenso soll dieses theoretische Wissen mit dem Sozialkonstruktivismus nach Berger und Luckmann in Beziehung gesetzt werden.

1.1 Jüd_innen und Antisemitismus in Deutschland

Die Geschichte der Jüd_innen im heutigen Deutschland reicht bis weit in die Vergangenheit zurück. Die erste jüdische Gemeinde wird urkundlich im Jahre 321 in Köln erwähnt (Ortag 2004, S.89). Wenn über jüdisches Leben in Deutschland gesprochen wird, muss zuerst beachtet werden, dass es sich bei der jüdisch-deutschen Geschichte um eine jahrhundertelange Verfolgungs- und Vertreibungsgeschichte handelt. Die Zahlen sind eindeutig: Im Jahr 1900 lebten circa 590.000 Jüd_innen in Deutschland, 1980 waren es nur noch 34.500 (Ortag 2004, S.14). Der deutsche Holocaust ab 1933 kostete bis zum Jahr 1945 etwa sechs Millionen europäische Jüd_innen das Leben, circa 1,2 Millionen Jüd_innen wanderten in dieser Zeit in die USA oder nach Israel aus (Bubis 1999, S.14 ff.). Momentan wird die Zahl der deutschen Jüd_innen auf etwa 250.000 geschätzt (Religionswissenschaftlicher Medien und Informationsdienst 2011).

Viele antijüdische Bilder und Vorurteile, die heute noch aktuell sind, wie beispielsweise die Vorurteile von der Christus- oder Ritualmörder_in, von der Brunnenvergifter_in und Pestverursacher_in, von der Inkarnation der Faulheit, Dekadenz und Normabweichung, des Betrugers

und der Hinterlist sowie der eingeschworenen Gemeinschaft, stammen bereits aus frühchristlicher oder mittelalterlicher Zeit (Rensmann 2007, S.166 / Ortag 2004, S. 80).

Für diese Arbeit ist vor allem der Antisemitismus, der im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland zu erstarken begann, von Bedeutung, da dessen Eigenschaften prägen heutigen Antisemitismus nach wie vor prägen.

Der bis heute als Märchenerzähler bekannte Schriftsteller Wilhelm Hauff, der auch als progressiver Kämpfer für die deutsche Einheit gilt, schreibt im vierten Kapitel seines Werkes „Märchenalmanach auf das Jahr 1827“: „Juden, wie du weißt, gibt es überall, und sie sind überall Juden: pfiffig, mit Falkenaugen für den kleinsten Vorteil begabt, verschlagen, desto verschlagener, je mehr sie mißhandelt (sic) werden, ihrer Verschlagenheit sich bewußt (sic) und sich etwas darauf einbildend“ (Hauff 2011, S.36). Jüd_innen begannen im 19. Jahrhundert wieder zunehmend als Störfaktoren in der sich herausbildenden deutschen homogenen Gesellschaft zu gelten. In dieser Zeit entstanden erste angeblich „wissenschaftliche“ rassistische Theorien, von der angeblichen „rassischen“ Minderwertigkeit der Jüd_innen im Gegensatz zu „Ariern“. So veröffentlichte beispielsweise der französische Diplomat Arthur Graf Gobineau von 1853 bis 1855 ein vierbändiges Werk mit dem Titel „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“, in dem er die Menschen in „Weiße“, „Schwarze“ und „Gelbe“ unterteilte und nur den weißen „Ariern“ intellektuelle Fähigkeiten zusprach. Ebenso bezogen sich rassistische Antisemit_innen auf Charles Darwins Theorie vom „Überleben der Tüchtigsten“. Der deutsch-österreichische Schriftsteller Johannes Nordmann veröffentlichte 1861 unter dem Namen D.H. Naudh die Broschüre „Die Juden und der Deutsche Staat“, in der er hervorhob, dass das Judentum eine Rasse und keine Religion sei. Ein Religionswechsel habe somit keinerlei Effekt (Herzig 2010, S. 45). Georges Vacher de Lapouge schlug in seinem 1899 veröffentlichten Buch „Der Arier und seine Bedeutung für die Gemeinschaft“ sogar vor, zur „rassischen Verbesserung“ der Gesellschaft „minderwertiges“ Leben auszulöschen (Ortag 2004, S. 99). Sozialdarwinistische und rassistische Vorstellungen und die Idee von sich bekämpfenden höher- und minderwertigen Rassen wurden zu einer antisemitischen „Weltanschauung“, in der das Judentum fortan als „globales Problem“ gesehen wurde (Herzig 2010, S. 46)

Analog zu diesen Ideologien entstanden in Deutschland zahlreiche antisemitische Parteien. 1878 gründete sich die „Christlich-Soziale Partei“, 1880 entstanden die „Antisemitenliga“ und der „Deutsche Volksverein“, 1881 der „Deutsche Reichsverein“. Dies sind nur einige Beispiele

le für Vereinigungen mit eindeutig jüd_innenfeindlichen Zielen. 1889 trat die „Deutschsozialistische antisemitische Partei“ für eine Rücknahme aller bis dahin beschlossenen Gleichstellungsgesetze und für ein Einwanderungsverbot weiterer Jüd_innen ein (Ortag 2004, S. 99 ff.). Das Judentum Osteuropas war während diesen westeuropäischen Entwicklungen direkten gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt und lebte im Elend ohne Bürger_innenrechte. Viele der osteuropäischen Jüd_innen wanderte in das noch junge Amerika aus, zeitgleich begann die Idee des Zionismus' zu erstarken. Das Ziel des Zionismus' ist die Wiederansiedlung von jüdischen Gemeinden in der „Heimat ihrer Vorfäter“, Israel. Obwohl die zionistische Idee unter den europäischen Jüd_innen nicht nur befürwortet wurde, siedelten sich in der 1. Einwanderungsperiode von 1882-1903 bis zu 30.000 Jüd_innen neu in Israel an, eine zweite Einwanderungsperiode von 1904 bis 1914 verzeichnete bis zu 40.000 Neusiedler_innen. Auf ihrem Weg in die USA blieben jedoch viele Menschen jüdischen Glaubens in den Überseehäfen Hamburg und Bremen, siedelten sich dort an oder zogen in die Hauptstadt Berlin. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Jüd_innen aus Posen, Schlesien, Polen, Litauen und Russland. Dieser enorme Zuzug führte zu einem zusätzlichen Erstarken des Antisemitismus' (Ortag 2004, S. 103 ff.).

Die Niederlage im ersten Weltkrieg bis 1918 und der darauf folgende Versailler Vertrag führten zu einer starken politischen, finanziellen und sozialen Instabilität Deutschlands. Vor allem die hohen Reparationsforderungen machten der Weimarer Republik bekanntlich zu schaffen. Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut führten zu einer Radikalisierung der Menschen. Die bürgerlichen Parteien verloren infolgedessen an Stimmen, während die Parteien an den linken und rechten Rändern erstarkten. 1919 wurde im Münchner Hofbräuhaus die rechte „Deutsche Arbeiterpartei“ gegründet, aus der 1920 die „National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) hervorging. Ihre Ziele waren radikal antikapitalistisch, antisozialistisch, antikomunistisch und antisemitisch. Durch die zahlreichen Krisen und die Perspektivlosigkeit der Weimarer Republik gewann die NSDAP an Mitgliedern und Stimmen und konnte schließlich zur stärksten politischen Kraft aufsteigen. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt, mit dem Ermächtigungsgesetz am 24. März 1933 begann in Deutschland die Zeit der Hitlerdiktatur (Ortag 2004, S. 107 ff.).

Der Antisemitismus erreichte im Dritten Reich seinen Höhepunkt und war dort in erster Linie von rassistischen Motiven geprägt. Adolf Hitler brachte seine antisemitischen Ideologien, die bis zur „Endlösung“, dem Völkermord reichten, 1928 in seinem Werk „das Zweite Buch“ auf

den Punkt. Es wurde nie veröffentlicht und erst im Jahre 1958 wieder entdeckt (Bartov 2004, S.19). Die tödlichsten Feinde waren für Hitler nicht andere Staaten, sondern die jüdischen Mitbürger_innen. Diese beherrschten ihm zufolge die Welt und somit sei es die Pflicht Deutschlands, sie zu vernichten, bevor sie die ganze Menschheit unterjochen würden. Ganz besonders fürchtete er „Blutsvermischung“, „Bastardisierung“, „Verniggerung“ und „Rassensenkung“, was wiederum die jüdische Weltherrschaft begünstigen würde (Weinberg 1961, S.61-66). Der Antisemitismus im faschistischen Deutschland gipfelte in der fast vollständigen Vernichtung der europäischen Jüd_innen. Im Juli 1945 folgte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die sogenannte „Entnazifizierung“ der Deutschen, die die Menschen wieder zu Demokrat_innen erziehen, entmilitarisieren und antisemitisches Gedankengut vergessen lassen sollte. Die gesamte Gesellschaft, Wirtschaft, Rechtsprechung, Kultur, Presse, und Politik sollten, so das Ziel, zumindest auf dem Papier von allen Einflüssen des Nationalsozialismus' befreit werden. Dennoch beeinflussen die Verbrechen des Dritten Reiches bis heute die Beziehung Deutschlands zu Israel und den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Im Mai 1948 wurde der Staat Israel als jüdischer, freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat ausgerufen und von der UN völkerrechtlich anerkannt.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Antisemitismus noch hoch aktuell. Da er über die Jahrhunderte gewachsen ist, kennt er auch heute unterschiedliche Ausprägungen und Formen. Daher ist es nicht einfach, eine allgemein gültige Definition für den „Antisemitismus“ der Gegenwart zu finden. Er manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen und bedient sich negativer Stereotypen, wobei er Jüd_innen stets unangenehme Charakterzüge unterstellt. Der Antisemitismus ist eine kollektive Abwertung von Jüd_innen, die auf Vorurteilen und Freund-Feind-Bildern fußt (Waldenegg Berger 2000, S.108-126). Der Historiker Wolfgang Benz, der sich in der Antisemitismusforschung einen Namen gemacht hat, fasst 2002 zusammen: „Im modernen Sprachgebrauch versteht man unter Antisemitismus die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven. Nach der Erfahrung nationalsozialistischer Ideologie und Herrschaft wird Antisemitismus als ein gesellschaftliches Phänomen verstanden, das als Paradigma für die Bildung von Vorurteilen und die politische Instrumentalisierung daraus konstruierter Feindbilder dient“ (Benz 2002, S.15).

Der moderne Antisemitismus ist heute in erster Linie eine Verschwörungstheorie, die „die

Juden“ als Kollektiv sieht und sie mit der Beherrschung der globalen Finanzsysteme, Heimat- und Ruhelosigkeit, gesellschaftlichen Transformationen, Medien- und Meinungskontrolle, globaler Verschwörungsmacht, „kultureller Dekadenz“, aber auch mit Geist und Intellekt in Verbindung bringt (Rensmann 2007, S. 167).

1.2 Muslim_a und Islamophobie in Deutschland

Die Geschichte der Muslim_a in Deutschland reicht weit weniger in die Vergangenheit zurück als die der Jüd_innen. Laut der bundesweit repräsentativen Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“, die im Juni 2009 veröffentlicht wurde und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz erstellt wurde, leben derzeit zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslim_a in Deutschland. Das entspricht etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Zusammensetzung der muslimischen Glaubensgemeinschaft ist sehr heterogen. Sie ist eine mannigfaltige Mischung ethnischer Gruppen, Religionszugehörigkeiten, philosophischer Lehren, säkularer Tendenzen, politischer Anschauungsweisen, verschiedener Sprachen und kultureller Traditionen. Die größte Gruppe bilden in Deutschland mit 2,5 Millionen die türkischstämmigen Muslim_a. Mit großem Abstand folgen 550.000 Muslim_a aus Südosteuropa und 330.000 Muslim_a aus dem Nahen Osten. Ebenso leben in Deutschland Muslim_a aus Süd-/Südostasien, Nordafrika, Iran, Zentralasien und Afrika. Etwa 45 Prozent der Muslim_a in Deutschland besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Neben den verschiedenen Herkunftsländern sind auch die Glaubensrichtungen innerhalb des deutschen Islams sehr heterogen. Die größte Gruppe bilden mit fast 75 Prozent die Sunniten, es folgen circa 13 Prozent Aleviten, etwa sieben Prozent Schiiten und geringe Prozentanteile an Ahmadiyya, Sufisten, Mysikern, Ibaditen und sonstigen Strömungen. Ein großer Teil der muslimischen Bevölkerung stammt aus der sogenannten „Gastarbeitergeneration“ und deren Nachkommen, die in den 60er- und 70er-Jahren für den florierenden deutschen Arbeitsmarkt angeworben wurde (Haug/ Müssig/ Stichs 2009, S. 11-13). Parallel zur Immigration und zu der Bildung ethnischer Gemeinschaften in der deutschen Mehrheitsgesellschaft entstand eine neue kulturell-religiös geladene Konfliktlinie, die oft Distanzierungen der autochthonen Bevölkerung als Ursache und Folge hatte (Künel/Leibold 2007, S. 135 f.).

Trotz seiner Heterogenität wird der Islam in der öffentlich-politischen Berichterstattung meist als ein Ganzes und „die Muslime“ als Kollektiv betrachtet. Sehr häufig werden gar der muslimische Kulturraum und die arabische Welt gleichgesetzt und das, obwohl nur ein Viertel der

Muslim_a in Deutschland arabischer Abstammung sind (Escudier 2003, S. 7). Gerade seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, bei denen 19 muslimische Attentäter der Terrororganisation „al-Qaida“ Flugzeuge in zivile und militärische Gebäude lenkten, ist eine differenzierte Betrachtungsweise des Islam wichtiger denn je: Die Attentate im September 2001 führten noch im selben Jahr zu Krieg in Afghanistan und sie waren 2003 mit die Hauptbegründung der USA für den Irakkrieg. Ebenso befeuerten sie die Islamophobie in der gesamten westlichen Welt (Landman 2005, S. 560).

Ähnlich wie beim Antisemitismus ist es schwierig, eine einheitliche Definition für das Phänomen der „Islamophobie“ zu finden. Manche Theoretiker_innen sprechen gar von einer Vielzahl von „Islamophobien“, wobei jede ihrer Spielarten unter unterschiedlichen sozialhistorischen und politischen Bedingungen entstanden ist und daher verschiedene Merkmale aufweist. Auch das Verständnis darüber, was der Begriff „Islamophobie“ überhaupt bezeichnet, ist weitgehend subjektiv, was sicher auch daran liegen mag, dass das sozialwissenschaftliche Interesse am Phänomen Islamophobie relativ neu ist. Bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden Diskriminierungen gegenüber Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund nämlich hauptsächlich unter dem Aspekt der Fremdenfeindlichkeit untersucht (Kühnel/Leibold 2007, S.135). Erst 1997 veröffentlichte die „Runnymede Trust Commission of British Muslims and Islamophobia“, eine unabhängige Kommission, die sich unter anderem mit Immigration, Integration und Minderheitenpolitik beschäftigt, den Bericht „Islamophobia: A Challenge to Us All“. Dieser definierte den Begriff der Islamophobie erstmals klar und etablierte ihn in der weltweiten politischen Öffentlichkeit (Allen 2006, S. 71). Laut der Runnymede Trust Kommission handelt es sich dabei um eine durch Vorurteile geschürte Furcht vor dem Islam oder um Hass auf diesen und in der Folge um eine Furcht und Abneigung gegenüber Menschen muslimischen Glaubens, sowie um einen Ausschluss der Muslim_a aus dem öffentlichen Leben (Runnymede Trust 1997, S.4). Der Begriff „Islamophobie“ ist heute, genau wie der Bericht des Runnymede Trust, umstritten, da der Wortbestandteil „Phobie“ auf eine krankhafte, beziehungsweise psychische Ursache des Phänomens hindeutet und es damit pathologisiert (Allen 2010, S.136). Um diesem Problem zu entgehen, bevorzugen Teile der deutschsprachigen Forschung den Begriff der „Islamfeindlichkeit“, der allerdings international weniger geläufig ist. Sowohl am Begriff der „Islamophobie“, als auch am Begriff der „Islamfeindlichkeit“ lässt sich bemängeln, dass der Fokus jeweils auf dem Islam und nicht auf den eigentlich betroffenen Muslim_a liegt. Um die Muslim_a eindeutig als die Opfer des Phänomens zu

identifizieren und die rassistische Komponente des Phänomens zu betonen, entstand der Begriff „anti-Muslim racism“ (Shooman 2011). Kritiker_innen des „anti-Muslim racism“, der im Deutschen auch „islamfeindlicher Rassismus“ genannt wird, verweisen auf die deutlichen Unterschiede der Islamophobie zum klassischen Rassismus und sind der Meinung, dass sehr wohl der anonymisierte Islam und nicht die einzelnen Muslim_a Ziel der zu bezeichnenden Anfeindungen sei. Sie empfehlen daher, vorerst beim Begriff der Islamophobie zu bleiben (Allen 2010, S. 135 ff.).

Auf der Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassen-Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und der damit zusammenhängenden Intoleranz, die wenige Tage vor dem 11. September 2001 stattfand, erkannte die UNO die Islamophobie offiziell international an und rief zu sofortigem Handeln auf, um der raschen Ausbreitung der immer häufiger zu konstatierenden Islamophobie auf der ganzen Welt zu entgegnen (Die Vereinten Nationen 2002). Wohl durch die Ereignisse des 11. September erlangten die Erklärung und das Aktionsprogramm nie große Bedeutung und gerieten mehr oder weniger in Vergessenheit. Weiter lässt sich kritisieren, dass selbst die UNO in ihrer Erklärung keine Definition oder Orientierung liefert, was der Begriff der Islamophobie an sich bezeichnet (Allen 2006, S.74).

Im Jahr 2002 veröffentlichte die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) nach dem bis dahin weltweit größten Beobachtungsprojekt zur Islamophobie den „Bericht über Islamophobie in der EU nach dem 11. September 2001“ (Allen 2006, S.75). Der Bericht folgert für die EU: „Nach den Terroranschlägen (...) am 11. September 2001 gibt es mehr und mehr Berichte über zunehmende Anfeindungen und eine fortgesetzte Zunahme sowohl verbaler als auch körperlicher Angriffe auf Moslemgruppen und einzelne Moslems“ (Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit 2002). Des Weiteren sei die Islamophobie nun extremer und expliziter und dabei trotzdem weit mehr toleriert als früher. Dennoch fehlt auch in dieser Veröffentlichung eine klare Definition der Islamophobie (Allen 2006, S.75).

Auch der Bericht „Muslime in der Europäischen Union - Diskriminierung und Islamophobie“, den die EUMC 2006 veröffentlichte, spricht von einer Zunahme der Islamophobie, die sich im Alltag vor allem durch den generellen Terrorverdacht gegen Muslim_a, negative Stereotypisierung, selektive oder negative Berichterstattung in den Medien, Ausgrenzung oder Gewalt gegen Muslim_a zeigt (EUMC 2006) .

In dieser Arbeit wird trotz aller berechtigten Kritikpunkte der Begriff der Islamophobie ge-

braucht, da er zentraler Bestandteil der hier verwendeten Studie „Deutsche Zustände“ ist. Laut der Forscher_innengruppe rund um Heitmeyer bezeichnet die Islamophobie „die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten“ (Heitmeyer 2005, S.15).

2. Theoretische Grundlagen

Da es sich sowohl bei Einstellungen gegenüber Jüd_innen als auch gegenüber Muslim_a um Themengebiete handelt, die von den Befragten als heikel empfunden werden können, kann davon ausgegangen werden, dass ein erhebliches Maß an sozialer Normerwartung in die Beantwortung der Fragen mit einfließt. Im Folgenden sollen in einem theoretischen Input der „Effekt sozialer Erwünschtheit“ und die „Political Correctness“ mit ihren Vor- und Nachteilen näher erläutert werden sowie ein Blick auf den Sozialkonstruktivismus nach Berger und Luckmann geworfen werden. Anschließend werden im dritten Teil die Ergebnisse der Studie „Soziale Zustände“ bezüglich des Antisemitismus' und der Islamophobie vorgestellt.

2.1 Der Effekt sozialer Erwünschtheit

Die „Soziale Erwünschtheit“ bezeichnet einen Störfaktor, der vor allem bei sozialwissenschaftlichen Befragungen zu Verzerrungen führen kann. Menschen bewerten jegliche soziale Handlung, Eigenschaft oder Äußerung, die ihnen in ihrer Umgebung begegnet. Je nach Schichtzugehörigkeit, Bildungsniveau, Alter, Situation oder anderen Merkmalen einer Person, können diese Bewertungen völlig unterschiedlich ausfallen. Die im normativen System der Bezugswelt einer Person als besonders positiv besetzt wahrgenommenen Meinungen, Handlungen oder Eigenschaften gelten als „*sozial erwünscht*“. Sozial erwünschte Meinungen werden in Umfragen eher genannt, auch wenn die tatsächliche Überzeugung der Befragten in Wirklichkeit eine andere ist. Versuchen Menschen in Meinungserhebungen ihre Antworten oder Handlungen dementsprechend anzupassen, spricht man von „Verzerrungen durch den Effekt sozialer Erwünschtheit“ oder auch vom „social desirability effect“. Die soziale Erwünschtheit gehört in der empirischen Sozialwissenschaft zu den Antwortverzerrungen, den „*Response Sets*“. Je heikler und unangenehmer die Thematik, desto eher ist eine wahrheitsgemäße Antwort mit Kosten, beispielsweise sozialer Ablehnung, verbunden. Meist entscheiden sich die Befragten für eine Antwort, die zwischen ihrer wahren Überzeugung und der subjektiv als sozial erwünscht eingeschätzten Meinung liegt. Da die wahre Antwort meist unbekannt

bleibt, ist das Ausmaß dieser Verzerrungen kaum zu identifizieren (Diekmann 2009, S. 447 f.).

Verschiedene Gegenmaßnahmen können eine Reduzierung des Effekts sozialer Erwünschtheit bewirken. So sollten Fragen immer möglichst neutral gestellt und wertbesetzte Begriffe vermieden werden. Eine weitere Strategie können suggestive Fragen sein, die abweichendes Verhalten als normal darstellen. Ein Beispiel wäre: „Viele Leute sehen täglich mehr als sieben Stunden fern. Kommt das bei Ihnen auch häufig vor?“. Die Hemmschwelle hohen Fernsehkonsum zuzugeben ist bei dieser Fragestellung relativ gering. Der Ort sozialer Erwünschtheit wird durch Suggestivfragen zwar verschoben, es kann allerdings auch passieren, dass die Befragten durch den Effekt sozialer Erwünschtheit plötzlich Dinge zugeben, die gar nicht der Realität entsprechen. Des Weiteren sollte auf eine möglichst transparente und glaubwürdige Anonymisierung der Antworten geachtet werden (Diekmann 2009, S. 449f.). Ebenso wurden zur Messung des Effekts Sozialer Erwünschtheit verschiedene Skalen entwickelt, mit der Personen auf ihre Empfänglichkeit für sozial erwünschtes Verhalten getestet werden sollen. Bei einer scheinbar hohen Anfälligkeit können solche Personen dann herausgefiltert oder ihre Antworten korrigiert werden. Ein solches Verfahren gilt allerdings als problematisch (Diekmann 2009, S. 451).

In der Studie „Deutsche Zustände“ wurde versucht, die Motivation zu vorurteilsfreiem Verhalten durch Zustimmung zu oder Ablehnung von zwei Aussagen zu testen: Die erste Aussage lautet, dass über Minderheiten generell positiv gesprochen werden sollte. Die andere unterstellt, dass es egal ist, wenn andere Menschen annehmen, jemand habe Vorurteile. Die erste Fragestellung testet laut den Autor_innen die Wirkung sozialer Normen im Zusammenhang mit Vorurteilen, die zweite Aussage die Einstellung der Testperson zu politisch korrektem Verhalten (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 191).

2.2 Politische Korrektheit

Auch wenn der Effekt der sozialen Erwünschtheit bei sozialwissenschaftlichen Studien zu Problemen führt, kann eine Orientierung des Sprechens und Handelns an bestimmten gesellschaftlichen Normen sinnvoll sein.

In den 1980er-Jahren etablierte sich in den USA der Begriff der „Political Correctness“, der als „Politische Korrektheit“ sehr bald auch Deutschland erreichte. Politische Korrektheit meint bestimmtes normgerechtes Verhalten, das als „politisch korrekt“ bezeichnet wird. Ur-

sprünglich stand der aus dem linken Politikspektrum kommende Begriff der Political Correctness für eine Sprachkritik und einen sensiblen Sprachgebrauch, durch den Ausdrücke und Handlungen vermieden werden sollen, die Minderheiten abwerten und diskriminieren. Zu Beginn der 1990er-Jahre allerdings wurde dem Begriff der Political Correctness eine zweite Bedeutung zugewiesen: Er wurde von amerikanischen rechten und konservativen Kreisen aufgegriffen, um die „politisch korrekte Sprache“ als „Bedrohung der Meinungs- und Redefreiheit“ beziehungsweise „Instrument zur Zensur“ zu bezeichnen. Diese Interpretationsweise wurde bereitwillig von konservativen Kreisen in Deutschland übernommen und führte sehr schnell zu einem Bedeutungswandel, der aus der „Politischen Korrektheit“ einen negativ besetzten politischen Kampfbegriff machte. Im aktuellen Sprachgebrauch bleibt das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Begriffsbedeutungen bestehen, dennoch ist der Ausdruck „politisch korrektes Verhalten“ nach wie vor sehr oft negativ konnotiert (Wierlemann 2002, S.12ff.). Als Beispiele seien die beiden deutschen Veröffentlichungen „Der neue Tugendterror: Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“ (Thilo Sarrazin, 2014) und „Deutschland von Sinnen: Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer“ (Akif Pirincci, 2014) genannt, die beide gegen politisch korrektes Handeln und Sprechen wettern und in Deutschland zu Bestsellern wurden.

2.3 Der Sozialkonstruktivismus

Problematisch wird die Abwertung des sensiblen Sprachgebrauchs ganz besonders dann, wenn daraus eine Ablehnung ganzer gesellschaftlicher oder politischer Konzepte zum Schutz von Minderheiten entsteht, da sie als Folgen oder Auslöser der Sprachkritik erkannt werden (Wierlemann 2002, S.15). Der in der Soziologie 1967 von Berger und Luckmann in ihrem Werk „The Social Construction of Reality“ begründete Sozialkonstruktivismus geht davon aus, dass soziale Tatbestände, wie beispielsweise die Existenz von Minderheiten und deren angeblichen Eigenheiten, nicht einfach gegeben sind, sondern immer wieder gesellschaftlich konstruiert werden. Schlüsselbegriffe der These sind dabei „Wirklichkeit“ und „Wissen“. Die Wissenssoziologie müsse durch eine Analyse der gesellschaftlich konstruierten „Wirklichkeit“ untersuchen, wie „Wissen“ geschaffen, vermittelt und bewahrt wird. Berger und Luckmann definieren „Wirklichkeit“ und „Wissen“ wie folgt: „Für unsere Zwecke genügt es, ‚Wirklichkeit‘ als Qualität von Phänomenen zu definieren, die ungeachtet unseres Willens vorhanden sind - wir können sie ver- aber nicht wegwünschen. ‚Wissen‘ definieren wir als die Gewißheit

(sic), daß (sic) Phänomene wirklich sind und bestimmbare Eigenschaften haben“ (Berger/Luckmann 1974, S.1). „Wirklichkeiten“ und das „Wissen“ der Menschen sind individuell sowie aus spezifischen Erfahrungen konstruiert und gehören zu spezifischen gesellschaftlichen Gebilden. Die Autoren sprechen hier von „gesellschaftlicher Relativität“. Menschliches „Wissen“ entwickelt sich also in gesellschaftlichen Situationen und wird in ihnen immer wieder erneuert. Im Alltag gerinnt dieses „Wissen“ zu „Wirklichkeit“. Die Wissenssoziologie muss somit das Ziel haben, die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit zu analysieren (Berger/Luckmann 1974, S.3).

Der „kommunikative Konstruktivismus“ schließt ganz explizit an den Sozialkonstruktivismus an und betont dabei die kommunikative Konstruktion der Wirklichkeit. Kommunikation dient in diesem Ansatz nicht nur dazu, sinnvolle Botschaften und Informationen zu teilen. Kommunikation ist hier eine menschliche Praktik, die soziale Identitäten und soziale Ordnung, also die Wirklichkeit, schafft. Die Kommunikation wird hier zur Basis der Wirklichkeit, sie entscheidet erst, was „wirklich“ ist (Keller/Knoblauch/Reichertz 2013, S. 12-15).

Diese Ansätze zeigen die Macht der Sprache und wie wichtig der sensible Umgang mit angeblichem „Wissen“ über scheinbare Tatsachen ist. Der Diskurs rund um Minderheiten, also das gesprochene Wort und das somit entstehende, geteilte und gefestigte Wissen, in diesem Fall über Jüd_innen und Muslim_a, bringt deren Realitäten hervor. „Wissen“ wird im Alltag zu „Wirklichkeit“, mit anderen Worten zu einer scheinbaren „Wahrheit“. Differenzierte Aussagen, Sprachkritik und ein reflektierter Sprachgebrauch können also den wirklichen gesellschaftlichen Umgang mit bestimmten Menschengruppen verbessern, Diskriminierungen verhindern und Lebenssituationen verändern. Aus dieser Sicht ist die ursprüngliche Intention der Politischen Korrektheit nach wie vor positiv zu bewerten, auch wenn der unter anderem aus dieser Idee resultierende Effekt sozialer Erwünschtheit bei sozialwissenschaftlichen Erhebungen zu Problemen führen kann.

3. Deutsche Zustände: Antisemitismus und Islamophobie

In den Jahren 2002 bis 2012 untersuchte eine Forschungsgruppe rund um Wilhelm Heitmeyer Einstellungen und Mentalitäten gegenüber Randgruppen in Deutschland und gab die zehn Bände umfassende Studie „Deutsche Zustände“ heraus. Ihr Ziel war es, verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit über längere Zeit und nicht nur aus einem konkreten Anlass heraus zu untersuchen.

Die einzelnen Elemente der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beziehen sich immer auf eine Gruppe, die aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppeneigenschaften als ungleichwertig eingeschätzt oder feindseligen Reaktionen ausgesetzt ist. Zu diesem Zweck wurden jährlich 3000 Personen mittels in der Regel gleich bleibenden Kernfragen befragt, um verschiedene Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Zeitverlauf zu untersuchen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte, Islamophobie und Sexismus (Heitmeyer 2005, S. 13-17).

Dabei wird die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als „Syndrom“ bezeichnet, das den gemeinsamen Kern der Ungleichwertigkeit hat. Laut den Autor_innen der Studie belegen die empirischen Ergebnisse, dass die einzelnen Elemente der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht unabhängig voneinander ausgeprägt sind, sondern miteinander in Beziehung stehen und deshalb nicht voneinander isoliert betrachtet werden können. Eine laut den Autor_innen bestätigte Annahme der Studie ist, dass jemand, der einer Form der Diskriminierung, etwa der von Muslim_a, zustimmt, auch für andere Elemente der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, etwa der Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen oder Asylbewerber_innen, empfänglich ist. Feindselige Einstellungen können folglich nicht nur gegen eine, sondern sondern gegen mehrere Gruppen gerichtet sein. So können potentielle Mobilisierer_innen laut den Forscher_innen eine bestimmte Menschengruppe oft auf verschiedenen Ebenen angreifen. Die Motive für Hassgefühle werden somit in einer gewissen Art und Weise austauschbar und beliebig. Die Autor_innen weisen aber darauf hin, dass die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Aspekten des Syndroms unterschiedlich eng ausfallen können. Um dies zu zeigen wurden in der Studie die Korrelationen zwischen den einzelnen Konstrukten des Syndroms berechnet (Heitmeyer 2005, S. 18f.).

3.1 Ergebnisse - Der Antisemitismus in Deutschland

Den Teilnehmer_innen der Studie „Deutsche Zustände“ wurden jedes Jahr eine Reihe von Aussagen vorgelegt, um die unterschiedlichen Antisemitismusfacetten überprüfen zu können. Der dritte Band der Reihe, der im Jahr 2005 veröffentlicht wurde, beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Antisemitismus. Die Items zum klassischen Antisemitismus beziehen sich zum einen auf das Stereotyp der mächtigen jüdischen Lobby, die auf Kosten der deutschen Mehrheitsgesellschaft lebt, und zum anderen auf die Überzeugung, die Jüd_innen hätten ihr Schicksal durch ihr Verhalten selbst provoziert. Die Items zum sekundären Antisemi-

tismus arbeiten mit den Fragen „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“ und „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“. Als sekundärer Antisemitismus können die Formen von Antisemitismus bezeichnet werden, die nach dem Holocaust entstanden sind und auf ihn reagieren. Sehr häufig dient der Nah-Ost-Konflikt dabei als Projektionsfläche. Um das Ausmaß der NS-vergleichenden Israelkritik festzustellen, wurden die Fragen „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ und „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ verwendet. Auf einer vierstufigen Antwortskala von „(1) stimme überhaupt nicht zu“, „(2) stimme eher nicht zu“, „(3) stimmt eher zu“ und „(4) stimme voll und ganz zu“ konnten die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken. Abbildung 1 zeigt das Antwortverhalten im Zeitverlauf. Die Items zum klassischen Antisemitismus erhielten in der kompletten Untersuchungsreihe die geringste Zustimmung. Zu Beginn der Studie lagen die Werte bei zwanzig Prozent und pendelten sich nach 2006 zwischen zehn und fünfzehn Prozent ein. Die Zustimmung zu den Fragen zum sekundären Antisemitismus fällt druchgehend deutlich höher aus: Zwischen 59 und 70 Prozent der Teilnehmenden stimmten dem Item zu den unnötigen Vorwürfen an die Deutschen zu. Ähnlich hoch war auch die Zustimmung zur NS-vergleichenden Israelkritik. Zwischen 42 und 68 Prozent der Befragten waren in der Zeit der Studie der Meinung, dass Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser_innen führe (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 185).

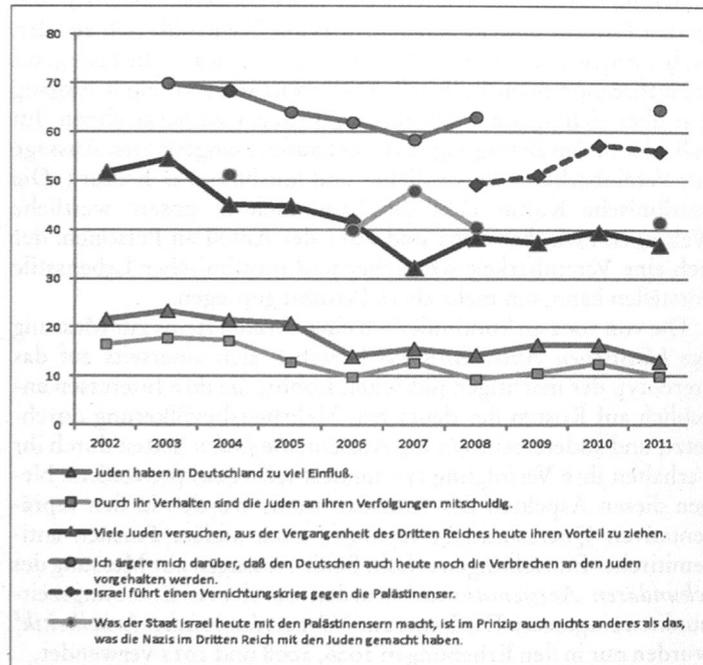


Abbildung 1: Entwicklung der Zustimmung zu antisemitischen Aussagen zwischen 2002 und 2011 (in Prozent, gewichtete Daten), (Deutsche Zustände, Folge 10, S. 186)

„Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ und „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ verwendet. Auf einer vierstufigen Antwortskala von „(1) stimme überhaupt nicht zu“, „(2) stimme eher nicht zu“, „(3) stimmt eher zu“ und „(4) stimme voll und ganz zu“ konnten die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken. Abbildung 1 zeigt das Antwortverhalten im Zeitverlauf. Die Items zum klassischen Antisemitismus erhielten in der kompletten Untersuchungsreihe die geringste Zustimmung. Zu Beginn der Studie lagen die Werte bei zwanzig Prozent und pendelten sich nach 2006 zwischen zehn und fünfzehn Prozent ein. Die Zustimmung zu den Fragen zum sekundären Antisemitismus fällt druchgehend deutlich höher aus: Zwischen 59 und 70 Prozent der Teilnehmenden stimmten dem Item zu den unnötigen Vorwürfen an die Deutschen zu. Ähnlich hoch war auch die Zustimmung zur NS-vergleichenden Israelkritik. Zwischen 42 und 68 Prozent der Befragten waren in der Zeit der Studie der Meinung, dass Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser_innen führe (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 185).

3.2 Ergebnisse - Islamophobie in Deutschland

Da der Forschungsfokus auf dem Gebiet Islam und Muslim_a die vergangenen Jahrzehnte hinweg hauptsächlich auf einer möglichen Terrorgefahr durch Menschen dieses Glaubens lag, werden Untersuchungen zur Islamfeindlichkeit in Deutschland erst seit wenigen Jahren durchgeführt. Im Gegensatz zur Überprüfung antisemitischer Einstellungen gibt es hier daher noch keine etablierten Fragen. Im Rahmen des Projekts zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden im Jahr 2002 erstmals Fragen eingesetzt, die das Ausmaß der Islamfeindlichkeit messen

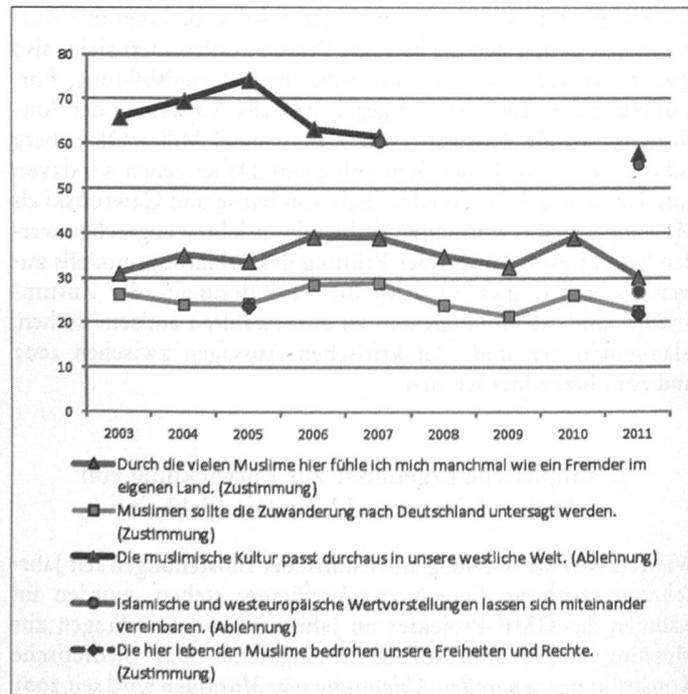


Abbildung 2: Entwicklung islamfeindlicher und islamkritischer Einstellungen zwischen 2003 und 2011 (in Prozent, gewichtete Daten), (Deutsche Zustände, Folge 10, S. 184)

sollten. Dennoch wurden auch in dieser Studie die Fragen zur Islamophobie nicht kontinuierlich gestellt. Die generelle Ablehnung von Muslim_a wurde in der Studie von Heitmeyer durch Aussagen zur wahrgenommenen Überfremdung der Gesellschaft durch Muslim_a und zweitens über die Zustimmung zu einem Zuwanderungsverbot gemessen. Weniger kontinuierlich wurden Fragen gestellt zu Bedrohungsgefühlen durch Muslim_a in Deutschland und zur wahrgenommenen kulturellen Distanz zwischen Muslim_a und der Mehrheitsgesellschaft. So wurden die Befragten beispielsweise mit den Aussagen „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ konfrontiert.

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung islamfeindlicher Einstellungen zwischen 2003 und 2011. Die Items zur generellen Ablehnung und zum Bedrohungsempfinden lagen im Verlauf der Studie zwischen 20 und 40 Prozent. In Bezug auf die kulturelle Distanz lässt sich ein leichter

Rückgang von über 70 auf unter 60 Prozent verzeichnen. Die Zustimmung zur Aussage „Die muslimische Kultur passt durchaus in unsere westliche Welt“ stieg zwischen 2005 und 2011 zwar um 16 Prozent, dennoch lehnen diese Aussage auch 2011 noch fast 60 Prozent der Menschen ab (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 187 ff.).

Vergleicht man antisemitische und islamfeindliche Einstellungen im Zeitverlauf der Studie, so lassen sich weder Gemeinsamkeiten noch ausschlaggebende Trends finden. In den letzten zehn Jahren ist die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen leicht gesunken, während man bei der Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen nicht von einem kontinuierlichen Rückgang sprechen kann (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 186).

Im Folgenden soll das Forschungsdesign, das zu diesen Ergebnissen kommt, kritisch diskutiert und auf einen möglicherweise durch das Design begünstigten Verzerrungseffekt der sozialen Erwünschtheit untersucht werden.

4. Verzerrungseffekte sozialer Erwünschtheit auf Antisemitismus und Islamophobie

Der Effekt der sozialen Erwünschtheit führt dazu, dass die tatsächlichen Einstellungen gegenüber Minderheiten aufgrund von Selbstdarstellungstendenzen der Befragten teilweise nur schwer erhoben werden können. Bei Jüd_innen und Muslima_a in Deutschland handelt es sich um religiöse Minderheiten. Wie oben bereits aufgezeigt haben Jüd_innenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit in Deutschland eine unterschiedliche Geschichte und somit in der Gesellschaft verschiedenen Stellenwert. Im Folgenden soll die eingangs aufgestellte Hypothese überprüft werden, ob die Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ in diesen Forschungsbereichen von Verzerrungseffekten durch soziale Erwünschtheit betroffen sind. Ein besonderes Augenmerk soll dabei darauf gelegt werden, ob aufgrund der verschieden starken Tabuisierung von antijüdischen und islamfeindlichen Meinungen davon ausgegangen werden kann, dass diese Einstellungen in Befragungen in unterschiedlichem Maße durch den Effekt der sozialen Erwünschtheit verschleiert werden.

Oft ist die Anfälligkeit für Verzerrungseffekte bereits im Forschungsdesign angelegt. Die Studie „Deutsche Zustände“ ist ein gutes Beispiel: Aufgrund der teilweise sehr direkten Fragestellungen, beispielsweise nach klassisch anti-jüdischen Einstellungen, muss befürchtet werden, dass der Verzerrungseffekt der sozialen Erwünschtheit sehr ausgeprägt auftritt. Folglich kann dies bedeuten, dass das Ausmaß antisemitischer und islamophober Einstellungen in Deutschland unterschätzt wird.

Da den Autor_innen der Studie „Deutsche Zustände“ das Problem eines möglichen Effekts sozialer Erwünschtheit durch Selbstdarstellungstendenzen bei heiklen Themen durchaus bewusst war, wurde versucht, die Motivation der Befragten zu vorurteilsfreiem Verhalten durch die Ablehnung oder Annahme zweier Aussagen zu messen. Die erste Aussage besagt: „Man sollte in Gesellschaft eher positiv über Minderheiten sprechen“. Die zweite Aussage ist: „Es ist mir egal, wenn jemand glaubt, dass ich Vorurteile gegenüber Minderheiten habe“. Somit lässt sich laut den Autor_innen durch die erste Aussage die Absicht überprüfen, soziale Normen im Zusammenhang mit Vorurteilen zu berücksichtigen. Die zweite Aussage soll herausfiltern, ob politisch korrektes Verhalten gegenüber Minderheiten von den Teilnehmenden als relevant betrachtet wird. Die Autor_innen kommen hier zu dem Schluss, dass die Datenerhebungen durch ein erhebliches Maß an sozialer Normerwartung beeinflusst werden, verwenden diesen Befund aber nicht weiter (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 191ff.).

Ob mit der Annahme oder Ablehnung der obigen Aussagen tatsächlich die Neigung zu sozial erwünschtem Verhalten überprüft werden kann, ist fraglich. Personen, die sich um politisch korrektes Verhalten bemühen, müssen nicht zwangsläufig Vorurteile verbergen und dadurch ihre wahre Überzeugung verleugnen. Des Weiteren dürfte es nur sehr wenige Menschen geben, denen es gleichgültig ist, wenn ihre Mitmenschen annehmen, sie hätten Vorurteile. Auf diese Weise sofort auf ein sozial erwünschtes Antwortverhalten zu schließen, wäre wahrscheinlich zu einfach. Selbst wenn ein solcher Schluss möglich wäre, ließe sich das genaue Ausmaß des Effekts sozialer Erwünschtheit nicht feststellen und daher nicht rechnerisch verwenden.

Im Folgenden soll der unterschiedliche Stellenwert von Antisemitismus und Islamophobie in der Gesellschaft erläutert werden und anschließend auf die teilweise ungeeigneten Fragestellungen zu antisemitischen und islamophoben Einstellungen eingegangen werden, um abschließend Aussagen zum erwarteten Ausmaß an Verzerrungseffekten zu machen.

4.1 Soziale Erwünschtheit und Antisemitismus

Antisemitische Ideologien sind seit dem zweiten Weltkrieg und der darauf folgenden Entnazifizierung in Deutschland nicht mehr gesellschaftsfähig und mit einem starken Tabu belegt. Kaum ein Ressentiment ist in der deutschen Gesellschaft so stark sanktioniert wie das antisemitische. Dennoch ist der Antisemitismus nach wie vor in allen Teilen der Gesellschaft mehr oder weniger versteckt aktiv. Ein Beispiel für öffentliche antisemitische Ausbrüche der jüngs-

ten Zeit ist beispielsweise die sogenannte „Facebookkrake“ (siehe Abbildung 3): Auf die Nachricht, dass das Internetunternehmen Facebook den Nachrichtendienst „Whats App“ kauft, reagierte die Süddeutsche Zeitung am 21. Februar 2014 mit der Karikatur einer Krake, die mit ihren Tentakeln nach Laptops und dem Whats App Logo greift (Süddeutsche Zeitung 21.02.2014, „Meinung“). Das Motiv der alles umschlingenden Krake steht ganz klar in antisemitischer Tradition: Es repräsentiert die „Jüdische Weltherrschaft“. Diese Krake besitzt überdies ein Gesicht, das eindeutig die aus antisemitischen Jüd_innenbildern bekannten Züge trägt: Einen lüsternen, hinterhältigen Blick, zusammengekniffene Augen, einen großen Mund mit dicken Lippen und ein verschlagenes Grinsen. In der Mitte des Gesichts sitzt eine mächtige, krumme Nase. Das Unternehmen Facebook wurde ikonografisch eindeutig mit der Person des jüdischen Facebook-Gründers Mark Zuckerberg gleichgesetzt. Der öffentliche Aufschrei folgte noch am Tag der Veröffentlichung. Selbst das israelische Fernsehen berichtete empört über die antisemitische Karikatur.

Die Süddeutsche Zeitung entschuldigte sich kurz darauf für dieses „Missverständnis“. Bei der Zeichnung handele es sich lediglich um "eine überspitzte Zeichnung Mark Zuckerbergs in Kombination mit der Krake aus dem Film 'Fluch der Karibik'" (Spiegel online, 25.02.2014).

Aufgrund der in diesem Beispiel deutlich gewordenen permanenten Existenz, aber doch starken Tabuisierung von antisemitischen Haltungen kann davon

ausgegangen werden, dass das Ausmaß des Antisemitismus' innerhalb der deutschen Gesellschaft, wenn überhaupt, nur noch indirekt gemessen werden kann. Da jede Diskussion rund um Jüd_innen aufgrund der bereits erläuterten beschämenden deutschen Geschichte als heikel gilt und antisemitische Meinungsäußerungen mit einem zuvor ausgeführten klaren Tabu belegt sind und nicht ohne die Gefahr sozialer oder rechtlicher Sanktionen hervorgebracht wer-

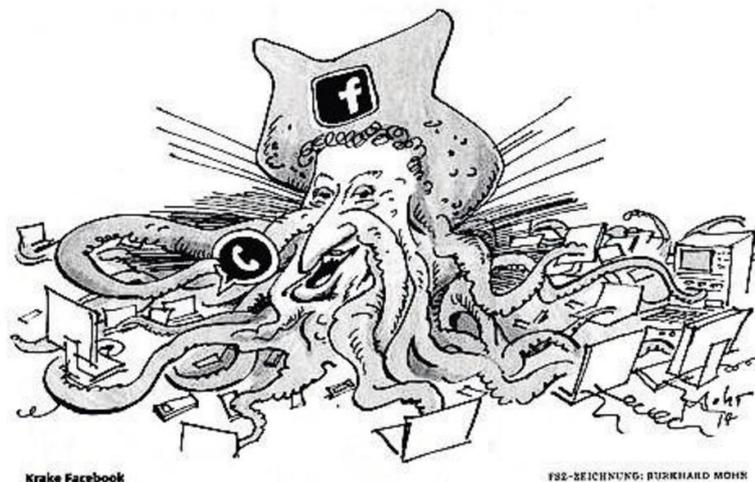


Abbildung 3: Die Reaktion der Süddeutschen Zeitung vom 21.02.2014 auf den Whats App Kauf des Internetunternehmens Facebook.

den können, kann bei Erhebungen, die offen nach antisemitischen Einstellungen fragen, mit einem erheblichen Maß an sozialer Erwünschtheit gerechnet werden. Wie im Punkt 3.1 erläutert, fällt in der Studie „Deutsche Zustände“ die Zustimmung zu sekundär-antisemitischen Einstellungen, mit circa 60-70 %, oder zur NS-vergleichenden Israelkritik, mit circa 40-60%, deutlich höher aus, als zu klassischen antisemitischen Einstellungen, die nur circa 10-20 % Zustimmung erhalten. Man spricht hier von man von Ersatz- oder Umwegkommunikation um direkt antisemitische Äußerungen zu umgehen. Besonders beliebt sind die Umwege Antizionismus und Israelkritik. Die Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigt, dass sehr viele Menschen dabei den Staat Israel, seine Politik und „die Juden“ gleichsetzen. Rechte, bürgerliche, radikale linke oder auch muslimische Kreise agieren in Deutschland unter dem Deckmantel des Antizionismus und gleiten dabei nicht selten in den Antisemitismus ab. So ist nach einer Umfrage der BBC aus dem Jahr 2013 Israel nach Pakistan, Nordkorea und dem Iran das viert unbeliebteste Land (BBC 23.05.2013).

Laut Zick und Küpper, die in der Gewalt- und Konfliktforschung tätig sind, in dem Bericht „Antisemitische Mentalitäten“ der Universität Bielefeld, hängen die einzelnen Facetten des Antisemitismus überzufällig zusammen. Das heißt, wer einer antisemitischen Äußerung zustimmt, tut dies mit sehr hoher statistischer Wahrheit auch bei anderen antisemitischen Aussagen. Das gilt auch für den israelkritischen Antisemitismus: Wer Israel mittels antisemitischer Stereotypen oder Assoziationen kritisiert, stimmt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch traditionell oder sekundär antisemitischen Äußerungen zu (Zick/Küppner 2011, S. 29).

Sicher ist nicht jede einseitige Äußerung über Israel per se antisemitisch, aber wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird oder gar die Vernichtung Israels „als Fremdkörper in der islamischen Welt“ gefordert wird, Israel zum „kollektiven Juden“ und zum hauptschuldigen „Dämon“ wird, wenn israelische Militäreinsätze mit NS-Verbrechen verglichen oder als „neuer Holocaust“ bezeichnet werden, NS-Propagandasprache verwendet wird, bezüglich Israel ein doppelter Moralstandard angewendet wird, um die Handlungen des Staates zu beurteilen, also Israels Militäroperationen „Staatsterrorismus“ eines „friedensfeindlichen“ Staates sind, die friedfertigen islamischen Diktaturen gegenüberstehen, oder in Wort und Bild stereotype Judenbilder, wie das des „skrupellosen“ oder „rachsüchtigen Israeli“ verbreitet werden, kann man ganz eindeutig von Antisemitismus sprechen (Kloke 2008, S.176). Rensmann (2007) bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Israel erscheint in all diesen Formen der Israelfeindschaft und Holocaustrelativierung als projektives Zerr- und Feindbild eines staatlich kol-

lektivierten Juden“ (Rensmann 2007, S.172).

Zick und Küppner beschäftigen sich in ihrer Forschungsarbeit unter anderem mit der Frage, ob eine Israelkritik ohne Antisemitismus möglich ist. Sie kommen zu dem Schluss, dass 80-90% Prozent der Befragten, die sich laut eigenen Aussagen „neutral“ kritisch über Israel äußern, mindestens einer anderen Antisemitismusfacette zustimmen. Zusammenfassend stellen sie also fest, dass eine Israelkritik ohne Antisemitismus zwar möglich, aber sehr selten ist (Zick/Küppner 2011, S.32).

Auch die sekundär-antisemitische Aussage, bei der von einer Opfer-Täter-Umkehr gesprochen werden kann: „Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“, erhält mit durchgehend 60 bis 70 Prozent deutlich mehr Zustimmung als klassisch jüd_innenfeindliche Aussagen. Der antisemitische Charakter dieser Aussage ist klar: Es werden zwar keine traditionell antisemitischen Einstellungen geäußert, aber Jüd_innen wird Vorteilnahme vorgeworfen (Zick/Küppner 2011, S.30). Auch hier wird ein Umweg genommen: Der Ärger richtet sich ja laut Fragestellung nicht gegen die Jüd_innen selbst, sondern gegen die schon 1986 zu Beginn des Historikerstreits von Ernst Nolte kritisierte und im Anschluss viel diskutierte „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Nolte, 6. Juni 1986).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Je verschleierter die antisemitische Einstellung abgefragt wird, desto höher ist die Zustimmung. So bekommt mit ungefähr 87 Prozent die im dritten Jahr der Studie verwendete Aussage, dass es ungerecht sei, „dass Israel den Palästinensern Land wegnimmt“ die höchste Zustimmung (Heyer/Iser/Schmidt 2005, S. 144). Aus den hohen Zustimmungswerten zu den israelkritischen Aussagen der Studie „Deutsche Zustände“ lässt sich also folgern, dass das Ausmaß des Antisemitismus in Deutschland höher ist, als die Zustimmung zu den klassischen antisemitischen Aussagen vermuten lässt. Bei den Items zum klassischen Antisemitismus fragt die Studie beispielsweise ob Jüd_innen in Deutschland zu viel Einfluss hätten. Die Zustimmung liegt hier im Verlauf der Studie zwischen circa 23 und 11 Prozent und fällt somit zwar erschreckend hoch, aber doch deutlich geringer aus als bei den Fragen, die sich irgendeiner Form von Umwegkommunikation bedienen (Leibold/Thörner/Gosen/Schmidt 2012, S. 186).

Aufgrund der starken gesellschaftlichen Tabuisierung überrascht die Differenz zwischen den Zustimmungswerten zum klassischen Antisemitismus und denen zu Aussagen mit Umwegkommunikation nicht. Den Autor_innen der Studie hätte bewusst sein müssen, dass die Mehr-

zahl der Teilnehmenden die Brisanz des Gefragten erkennt und sich ebenso der Tabuisierung der abgefragten Einstellungen bewusst ist. Hier kann also davon ausgegangen werden, dass die geringe Zustimmung zu den klassischen Vorurteilen nicht annähernd der Realität entspricht, während sich wohl die deutlich höhere Zustimmung zu den israelfeindlichen Aussagen zumindest an den realen Wert annähert.

Aufgrund des Wissens um die starke Tabuisierung antisemitischer Einstellungen kann damit gerechnet werden, dass alle Fragen der Studie „Deutsche Zustände“, die direkt oder mehr oder weniger verschleiert nach antijüdischen Ressentiments fragen, vom Effekt sozialer Erwünschtheit betroffen sind. Je unverblümter nach antisemitischen Gesinnungen gefragt wird, desto weniger kann davon ausgegangen werden, dass das Ergebnis die realen Verhältnisse abbildet. Dafür sprechen auch die deutlich höheren Zustimmungswerte zu den israelfeindlichen Einstellungen, wobei auch hier davon ausgegangen werden muss, dass die Zustimmung in der Realität noch höher liegt. Denn dass man auch für israelfeindliche oder -kritische Meinungen sanktioniert werden kann, ist inzwischen ebenso allgemein bekannt.

Abschließend lässt sich im Bezug auf die aufgestellte Hypothese die Erkenntnis festhalten, dass mit dem vorliegenden Forschungsdesign auf Grund des Verzerrungseffekts der sozialen Erwünschtheit wahrscheinlich kaum Erkenntnisse über das wahre Ausmaß des Antisemitismus' in der deutschen Gesellschaft gewonnen werden können. Obwohl die Werte zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland auch so schon bedenklich hohe Ausmaße annehmen, kann daher davon ausgegangen werden, dass die wahren Werte noch höher liegen und dass somit antisemitische Einstellungen in der Studie unterschätzt werden.

4.2 Soziale Erwünschtheit und Islamophobie

Seit dem 11. September des Jahres 2001 genießt das Thema Islam große Aufmerksamkeit in der deutschen Sicherheitspolitik, der Terrorismusforschung und den Medien. Jegliche Gewalt, die in einem mehr oder weniger islamischen Kontext zu Tage tritt, wird hier ohne zu differenzieren schnell als „Islamismus“ oder „Dschihadismus“ deklariert, ohne dass diese Begriffe genauer definiert werden.

Laut Sebastian Huhnholz muss zwischen einem „autochthon-kollektivistischen“ und „mas-sentauglichen“ Islamismus und einer „dschihadistischen Avantgarde-Weltanschauung“ unterschieden werden. Islamismus ist dabei ein politischer Islam, dem es in erster Linie um die Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung geht und der sich nicht selten durch „moderate Is-

lamisten als zivilgesellschaftliche, häufig sogar protodemokratische Reformakteure wider die Stagnation arabischer Staatswesen und Korruptionsregimes“ auszeichnet (Huhnholz 2011, S. 210).

Beim Dschihadismus wiederum handelt es sich um eine „militante Ausprägung einer speziellen sunnitischen Laien- und Diasporatheologie, eines aktivistischen Minderheitenfundamentalismus namens Salafismus“ (Huhnholz 2011, S. 208). Inhalte und Radikalität sind nahezu beliebig am Leben und Wirken des Propheten Muhammad orientiert. Als Existenzbedingungen für den Dschihadismus nennt Huhnholz die religionsentfremdete und orientierungsarme Diaspora, den „transnationalen Multikulturalismus“ und politische Spaltungen aus der Zeit des Kalten Krieges (Huhnholz 2011, S. 209 f.). Daher sei die dschihadistische Ideologie eine „negative Form von Verwestlichung“ von meist durch das Leben in der Diaspora privilegierter aber soziokulturell entwurzelter, hochmobiler und „spirituell flexibler“ Minderheiten und geprägt durch eine „individualistische“ und „exklusiv-elitäre“ Identität (Huhnholz 2011, S.211). Dieser Mangel an Differenzierung geht so weit, dass selbst Integrationsfragen diskursiv von Politik, Wissenschaft und Massenmedien, die wiederum das Alltagsverständnis der Menschen prägen, mit Antiterrormaßnahmen vermengt werden, so dass alle in Deutschland lebenden Muslim_a, zusammen mit Fragen des islamischen Religionsunterrichts, Bekleidungsfragen oder Moscheebau-Projekten in den Fokus der Inneren Sicherheit geraten (Huhnholz 2011, S.205 f.). Begriffe wie der sogenannte „Islamismus“, „Dschihadismus“ oder „Fundamentalismus“ werden alle vermengt und mit muslimischem Terrorismus gleichgesetzt oder zumindest in Verbindung gebracht, der wiederum angeblich einer „religiöser Motivation“ oder dem oft angeführten „Hass auf den Westen“ entspringt (Huhnholz 2011, S.208 f.). In der breiten Öffentlichkeit hat sich daher das verzerrte Bild durchgesetzt, dass die „radikalislamische Bedrohung“ ihre Akteure aus einer Masse von über einer Milliarde Muslim_a rekrutieren könne. Dass es sich bei gewalttätigen Organisationen und Dschihad-Bewegungen wie der „al-Qaida“ um eine winzige elitäre Minderheit unter all den Menschen muslimischen Glaubens handelt, wird dabei ignoriert (Huhnholz 2011, S.211).

Das Bundesministerium des Inneren stellt auf seiner Homepage klar: „Für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der westlichen Staatengemeinschaft ist und wird auf absehbare Zeit der islamistisch motivierte internationale Terrorismus die virulenteste Bedrohung und eine der größten Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden bleiben“ (Bundesministerium des Inneren 2014). Weiter sei Deutschland ganz besonders von „islamistisch-terroristi-

schen Gruppierungen“ bedroht, als Beweis nennt das Innenministerium „vermehrt“ auftretende deutschsprachige Videos islamistischer Gruppen im Internet. Genauere Angaben werden nicht gemacht (Bundesministerium des Inneren 2014). Nach vielen Aussagen über eine generelle „islamistisch-terroristische“ Bedrohung wird das Innenministerium genauer und spricht den in Deutschland lebenden Salafisten eine besonders extreme Rolle zu. Als Beispiel für die radikalisierende Wirkung salafistischer Botschaften nennt der deutsche Verfassungsschutz den Fall eines damals 21-jährigen Mannes, der am 2. März 2011 am Flughafen Frankfurt am Main zwei US-amerikanische Soldaten erschoss und drei weitere verletzte. Der Verfassungsschutz schreibt aber selbst, dass dessen Bezüge ins salafistische Spektrum nur über das Internet in Form einer Facebook-„Freundschaftsbeziehung“ bestanden. Das Verbrechen am Flughafen Frankfurt am Main war laut dem Verfassungsschutz der erste vollendete „islamistisch motivierte terroristische Anschlag“ in Deutschland. Der Artikel zu salafistischen Bewegungen in Deutschland auf der Seite des Bundesministeriums für Verfassungsschutz ist mit einem Bild versehen, das verummte Männer mit Maschinengewehren zeigt. Auf der selben Seite steht: „Die Mehrzahl der Salafisten in Deutschland sind keine Terroristen, sondern politische Salafisten“. Begleitet von diesem Bild erscheint diese Aussage fast zynisch (Bundesamt für Verfassungsschutz 2014).

Nimmt man die Informationsbroschüre der Bundeszentrale für politische Bildung „Weltreligion Islam“ zur Hand, erkennt man auch hier den Einfluss von Stereotypen: 33 Autor_innen äußern sich über die Weltreligion Islam, neun Beiträge beschäftigen sich mit „blutigem“ Terrorismus, Krieg, Osama bin Laden, „Extremismus“ oder „Talibanisierung“. Keiner der Beiträge beschäftigt sich mit den Problemen der Muslim_a in Europa, die durch Diskriminierung und Ausgrenzung entstehen (Bundeszentrale für politische Bildung 2002, S. 5 – 8).

Beim Blick auf das Informationsmaterial der deutschen Behörden entsteht der Eindruck, dass die Furcht vor Muslim_a und somit eine Islamfeindlichkeit in Deutschland staatlich akzeptiert, gefördert und damit legitimiert ist. So wird größtenteils nicht einmal ein Mindestmaß an Differenzierung eingehalten und zumindest auf den zitierten Internetseiten ist keine der Aussagen zum „Islamismus“ mit wissenschaftlichen Informationen unterfüttert. Was die deutschen Ministerien mit diesen unfundierten Warnungen bezwecken, bleibt ungewiss. Jedoch legitimieren sie so beispielsweise neue Überwachungstechniken oder Fahndungsmethoden zur „Terrorismusbekämpfung“. Politisch besonders brisant wird die oben beschriebene Entdifferenzierung allerdings, wenn sie der als imperial zu bezeichnenden Idee eines „weltumspan-

nenden Antiterrorkriegs“ in die Hände spielt und auch in Deutschland unter der Berufung auf die öffentliche Sicherheit zu einer Vermengung von Außen-, Innen-, und Verteidigungspolitik führt. Wenn diese Mindeststandards nicht einmal von den Bundesbehörden eingehalten werden, ist es kein Wunder, dass die Presse und Alltagsmeinungen noch weniger differenzieren.

Betrachtet man im Bezug auf die eingangs aufgestellte Hypothese die Islamophobie in der deutschen Gesellschaft unter dem Aspekt der sozialen Erwünschtheit, kann also das Fazit gezogen werden, dass islamfeindliche Einstellungen in Deutschland in einem gewissen Maße, auch durch staatliche Aktivitäten, gesellschaftsfähig sind. In dieser Arbeit wurde exemplarisch Informationsmaterial deutscher Bundesbehörden herangezogen, da man bei diesen den höchsten Differenzierungs- und Sachlichkeitsstandard erwarten kann.

Bezogen auf die Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ zur Islamophobie in Deutschland lässt sich also sagen, dass der Verzerrungseffekt durch soziale Erwünschtheit hier wohl relativ gering ausfällt, da das Antwortverhalten der Befragten keinem großen normativen Druck ausgesetzt ist. Für das Untersuchungsgebiet „Islamophobie“ kann die Hypothese in dieser Form also nicht bestätigt werden.

Dennoch stößt man auch hier beim Betrachten des Forschungsdesigns, abseits vom Effekt sozialer Erwünschtheit, auf Kritikpunkte, die die Qualität der Ergebnisse beeinflussen könnten. So wurde, um die Teilnehmenden auf islamophobe Einstellungen zu testen, die Frage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ verwendet. Dabei wird der Begriff der „Zuwanderung“ mit hoher Wahrscheinlichkeit bei jeglichen Menschen mit fremdenfeindlichen Tendenzen Zustimmung hervorrufen, unabhängig von einem speziell islamophoben Kontext. Ähnliche Effekte könnte die Frage „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ haben. Durch beide Fragen lassen sich keine Rückschlüsse auf islamophobe Einstellungen ziehen, da die zugrunde liegenden Aussagen islamophobe und fremdenfeindliche Einstellungen bedienen. Auch die Frage „Islamische und westeuropäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren“ ist kritikwürdig. Zum einen werden sowohl „islamische“ als auch „westeuropäische“ Wertvorstellungen generalisiert, zum anderen gibt es je nach Definition tatsächlich unbestreitbare Unvereinbarkeiten. Dies festzustellen kann kaum als Islamophobie bezeichnet werden. Es lässt sich also festhalten, dass auch die Zahlen zur Islamophobie nur begrenzt Aussagen über die reale Islamfeindlichkeit in der deutschen Gegenwartsbevölkerung machen können, auch wenn die soziale Erwünschtheit hier nicht die primäre Ursache ist. Unter diesen Gesichtspunkten kann davon aus-

gegangen werden, dass das wahre Ausmaß der Islamophobie etwas geringer ausfallen könnte als die Untersuchungsergebnisse vermuten lassen.

5. Fazit: Antisemitismus und Islamophobie - Unterschätzte Gefahren

In den vorangegangenen Teilen dieser Arbeit wurden die Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ in den Bereichen Antisemitismus und Islamophobie dargestellt und unter dem Aspekt des Effekts sozialer Erwünschtheit kritisch interpretiert. Dabei galt es die folgende, in diesem Beitrag aufgestellte Hypothese zu testen:

H: Das reale Ausmaß von Antisemitismus und Islamophobie in Deutschland wird durch das Forschungsdesign der Studie „Deutsche Zustände“ auf Grund des Effekts sozialer Erwünschtheit nicht ausreichend bestimmt.

In der Folge würde das bedeuten, dass das tatsächliche Ausmaß des Antisemitismus und der Islamophobie in der deutschen Gesellschaft mittels dieser oder ähnlichen Umfragen nur schwer zu ermitteln ist und dass so die durch den Hass auf Jüd_innen und Muslim_a drohenden Gefahren unterschätzt werden.

Nachdem ein genauer Blick auf den gesellschaftlichen und öffentlichen Umgang mit antisemitischen und islamophoben Einstellungen geworfen wurde, lässt sich die Erkenntnis festhalten, dass mit dem Forschungsdesign der Studie „Deutsche Zustände“ auf Grund des Verzerrungseffekts der sozialen Erwünschtheit wahrscheinlich kaum Erkenntnisse über das wahre Ausmaß des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft gewonnen werden können, während die Untersuchungsergebnisse zur Islamfeindlichkeit kaum durch den Effekt der sozialen Erwünschtheit beeinflusst sein dürften. Obwohl die Werte zu antisemitischen Einstellungen in Deutschland auch so schon hohe Ausmaße annehmen, kann davon ausgegangen werden, dass die wahren Werte noch höher liegen. Die Geschichte der Jüd_innen in Deutschland, die vor allem vom Holocaust geprägt ist, führt dazu, dass jegliche mehr oder weniger latent jüd_innenfeindliche Aussage als hoch brisant wahrgenommen wird. Die Tatsache, dass sekundär-antisemitische Aussagen und solche, die sich antisemitischer Israelkritik bedienen deutlich mehr Zustimmung erhalten, deutet auf einen hohen Einfluss von Selbstdarstellungstendenzen der Befragten auf die Untersuchungsergebnisse hin. Es kann also angenommen werden, dass die Befragten aus Angst vor sozialen Sanktionen sehr oft nicht wahrheitsgemäß antworten und

dass das generelle Ausmaß des Antisemitismus in der Deutschen Gegenwartsbevölkerung somit unterschätzt wird.

Anders bei den Zahlen zur Islamophobie in Deutschland: Da islamfeindliche Einstellungen und Vorurteile zum Teil sogar staatlich gefördert und somit legitimiert werden, kann hier kaum von einem verzerrenden Effekt der sozialen Erwünschtheit gesprochen werden. Islamophobe Äußerungen sind in Deutschland bei weitem weniger sozial sanktioniert als antisemitische, es gibt also kaum Druck „sozial erwünscht“ zu antworten und die eigene Islamfeindlichkeit zu vertuschen. So kann davon ausgegangen werden, dass die Umfrageergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ zur Islamophobie kaum durch den Verzerrungseffekt der sozialen Erwünschtheit beeinträchtigt sind. Dennoch kann es auch hier durch das Untersuchungsdesign zu falschen Rückschlüssen kommen. So werden in der Studie, wie oben bereits erwähnt, Fragen verwendet, die fremdenfeindliche und islamophobe Einstellungen vermengen. Beispielsweise können aus der Zustimmung zu der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ keine Rückschlüsse auf die Islamophobie einer Person gezogen werden, da der Begriff der „Zuwanderung“ vermutlich bei allen Menschen mit fremdenfeindlichen Tendenzen Ressentiments hervorrufen wird.

Die eingangs aufgestellte Hypothese, dass das reale Ausmaß von Antisemitismus und Islamophobie in Deutschland durch das Forschungsdesign der Studie „Deutsche Zustände“ auf Grund des Effekts sozialer Erwünschtheit nicht ausreichend bestimmt werden kann, kann also nur mit Einschränkungen bestätigt werden. So beeinflussen die Selbstdarstellungstendenzen der Umfrageteilnehmer_innen wohl hauptsächlich den Antisemitismus. Islamfeindliche Ressentiments sind in Deutschland bei weitem gesellschaftsfähiger und können ohne Angst vor sozialen Sanktionen geäußert werden. Die Aussagekraft der Ergebnisse zu islamophoben Einstellungen dürfte wohl mehr durch die Vermischungen der islamfeindlichen Aussagen mit fremdenfeindlichen Ressentiments beeinflusst sein.

Die in dieser Arbeit beschriebenen Verzerrungseffekte haben auch weiter reichende Folgen. Ein laut den Autor_innen erreichtes Ziel der Studie „Deutsche Zustände“ ist es, zu zeigen, dass die einzelnen Elemente der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht unabhängig voneinander existieren, sondern miteinander in Beziehung stehen und dass sei deshalb nicht voneinander isoliert betrachtet werden können und Motive des Hasses mehr oder weniger austauschbar sind. Um dies zu verdeutlichen, berechnen die Verfasser_innen der Untersuchung die Korrelationen zwischen den einzelnen Aspekten gruppenbezogener Menschenfeindlich-

keit. Durch den unterschiedlich hohen Einfluss der sozialen Erwünschtheit auf Antisemitismus und Islamophobie, beziehungsweise durch die schwache Aussagekraft der Ergebnisse, kann man dieses Ziel jedoch als gefährdet betrachten. Lassen sich kaum Aussagen über das Ausmaß der einzelnen Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treffen, können erst recht keine Schlüsse auf die Verbindung zwischen diesen gezogen werden. Da die beiden Elemente Islamophobie und Antisemitismus in solch unterschiedlichem Maße von Verzerrungseffekten betroffen sind, müssen sie zwangsläufig isoliert betrachtet werden, um, wenn überhaupt möglich, Aussagen über deren Ausmaß machen zu können. Aussagen über die Korrelation zwischen den beiden sind, zumindest mit dem Untersuchungsdesign der Studie „Deutsche Zustände“, unmöglich.

Hierbei stellt sich, unabhängig vom Untersuchungsdesign, die Frage in wie weit anti-jüdische und islamfeindliche Ressentiments überhaupt verglichen, beziehungsweise für einander ähnlich befunden werden können. Auch wenn sich Gemeinsamkeiten in der Vorurteilsbildung finden lassen, besteht bei der parallelen Betrachtung dieser beiden Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Gefahr, dass entscheidende historische und aktuelle Besonderheiten der Ideologien übersehen und alles zu einem Einheitsbrei der „Diskriminierung“ verschwimmt. Hier sei nur ein wichtiger Unterschied zwischen dem Antisemitismus und der Islamophobie genannt: Beim modernen Antisemitismus handelt es sich um eine eliminatorische Verschwörungstheorie, also eine Ideologie, die das Judentum nicht als eine Religion unter anderen sieht, sondern als eine Rasse und eine Nation sowie als „den Hauptfeind“, der allem anderen antagonistisch gegenüber steht, die Welt beherrscht und deshalb am besten ausgemerzt werden sollte. Antisemitisches Denken kann dabei als reine Projektion eines Krisenempfindens auf eine Minderheit bezeichnet werden, die dabei auch ohne Jüd_innen und konkrete Anlässe funktioniert. Ähnliche Ideologeme finden sich bei der Islamfeindlichkeit nicht: Hier wird der Islam von der Mehrheitsgesellschaft in kolonialistischer und rassistischer Manier als zurückgeblieben, unaufgeklärt und terroristisch diskriminiert. Auch wenn Muslim_a genau wie Jüd_innen unschuldig zu Opfern werden, liegen der Islamophobie anders als dem Antisemitismus tatsächliche Anlässe wie Integrationsprobleme zu Grunde.

Die Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“, sowie diese Arbeit zeigen, das es sich sowohl beim Antisemitismus, als auch bei der Islamophobie der deutschen Gegenwartsbevölkerung um unterschätzte und somit vernachlässigte Probleme handelt. Unabhängig von möglichen Verzerrungen ist deren Ausmaß besorgniserregend hoch. Obwohl die UNO schon im

Jahr 2001 dazu aufrief, die immer alltäglicher werdende Islamfeindlichkeit zu bekämpfen, ist bis heute kaum etwas geschehen. Im Gegenteil, Sicherheitsbehörden und Medien bemühen sich nicht, eine differenzierte Sichtweise über den Islam zu vermitteln und schüren stattdessen weiter Angst. Beim Antisemitismus ist das Problem schwerer greifbar. Sehr häufig reagieren politische Programme auf besorgniserregende Zahlen der Sozialwissenschaften. Somit wäre es dringend nötig, das Ausmaß des Antisemitismus' in der deutschen Gegenwartsbevölkerung möglichst genau zu messen und endlich beobachten zu können. Doch im Grunde steht die Forschung hier vor einem Dilemma: Auch neue Erhebungen mit geschickteren Fragen zum Untersuchungsfeld Antisemitismus werden den Effekt der Selbstdarstellungstendenzen der Umfrageteilnehmer_innen nicht ausreichend eindämmen können.

Konzepte zur Eindämmung des Antisemitismus und der Islamophobie sind in Deutschland dennoch nötig. Die Ergebnisse der Studie „Deutsche Zustände“ beweisen unabhängig von möglichen Verzerrungseffekten durch das Untersuchungsdesign, dass die Probleme Antisemitismus und Islamophobie heute in Deutschland hoch aktuell, sowie nicht vernachlässigbar sind und dass dringender Handlungsbedarf besteht.

6. Literatur

- Allan, Christopher (2006): Was ist Islamophobie? Ein evolutionärer Zeitstrahl. In: Urs, Altermatt/ Delgado, Mariano/ Vergauen, Guido (Hrsg.): Der Islam in Europa. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.
- Allen, Christopher (2010): Islamophobia. Ashgate Publishing, London.
- Banse, Rainer/ Gawronski, Bertram (2003): Die Skala Motivation zu vorurteilsfreiem Verhalten: Psychometrische Eigenschaften und Validität. In: Diagnostica, 49, Heft 1, Hogrefe-Verlag, Göttingen.
- Bartov, Omer (2004): Der alte und der neue Antisemitismus. In: Rabinovici, Doron/ Speck, Ulrich/ Sznajderna, Natan (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.
- BBC (23.05.2013): BBC poll: Germany most popular country in the world. <http://www.bbc.com/news/world-europe-22624104>. (Aufgerufen am 13.6.2014)
- Benz, Wolfgang (2002): Antisemitismusforschung als Vorurteilsforschung. In: Benz, Wolfgang/ Königseder, Angelika (Hrsg.): Judenfeindschaft als Paradigma. Metropol Verlag, Berlin.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1967): The Social Construction of Reality. Doubleday Verlag, Garden City, New York.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1974): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main.
- Bubis, Ignatz (1999): Erschütterungen sind zu überstehen. In: Romberg, Otto R./ Urban-Fahr, Susanne (Hrsg.): Juden in Deutschland nach 1945. TRIBÜNE-Verlag, Frankfurt.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2014): Salafistische Bestrebungen. <http://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-islamismus-und-islamistischer-terrorimus/was-ist-islamismus/salafistische-bestrebungen> (Aufgerufen am 3. Juni 2014).
- Bundesministerium des Inneren (2010): Antisemitismus in Deutschland. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/EXpertenkreis_Antisemitismus/bericht.pdf?__blob=publicationFile (Aufgerufen am 5. Juni 2014)

- Bundesministerium des Inneren (2014): Terrorismusbekämpfung. http://www.bmi-bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismusbekaempfung/terrorismusbekaempfung_node.html (Aufgerufen am 3. Juni 2014).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2002): Weltreligion Islam. Bonn.
- Diekmann, Andreas (2009): Empirische Sozialforschung. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.
- Die Vereinten Nationen (2002): Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassen-Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz: Erklärung und Aktionsprogramm. New York.
- Escudier, Alexander (2003): Der Islam in Europa zwischen nationalstaatlichem und europapolitischem Rahmen. In: Escudier, Alexander/ Sauzay, Brigitte/ von Thadden, Rudolf (Hrsg.): Der Islam in Europa. Wallstein Verlag, Göttingen.
- Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (15. Mai 2002): Pressemitteilung zur Veröffentlichung des Berichts über Islamophobie in der EU nach dem 11. September 2001.
- Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2006): Muslime in der Europäischen Union Diskriminierung und Islamophobie. Wien.
- Hauff, Wilhelm (2011): Märchenalmanach auf das Jahr 1827. Salzwasser Verlag GmbH, Paderborn.
- Haug, Sonja/ Müssig, Stephanie/ Sticks, Anja (2009): Muslimisches Leben in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3. Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Herrmann, Steffen Kitty (2003): Performing the Gap – Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. In: Arranca!-Ausgabe 28.
- Herzig, Arno (2010): 1815-1933: Emanzipation und Akkulturation. In: Jüdisches Leben in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung Nr. 307/2010. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Heyer, Aribert/ Iser, Julia/ Schmidt, Peter (2005): Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3. Edition Suhrkamp, Frankfurt am Main.

- Huhnholz, Sebastian (2011): Das Spannungsverhältnis von Dschihadismus- und Terrorismusanalyse in Wissenschaft und Sicherheitspolitik der BRD. In: Spencer, Alexander/ Harbrich, Kai/ Kocks, Alexander (Hrsg.): Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Sonderheft „Terrorismusforschung in Deutschland“. Jg. 4.
- Keller, Reiner/ Knoblauch, Hubert/ Reichertz, Jo (2013): Kommunikativer Konstruktivismus. Springer Fachmedien Verlag, Wiesbaden.
- Kloke, Martin (2008): Antisemitismus und Antizionismus von links. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Der Hass gegen die Juden. Metropol Verlag, Berlin.
- Kühnel, Steffen/ Leibold, Jürgen (2007): Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? In: Wohlrab-Sahr, Monika/ Tezcan, Levent (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Nomos-Verlag, Baden-Baden.
- Landman, Nico (2005): Der Islam in der Diaspora: Europa und Amerika. In: Ende, Werbner/ Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart. C.H. Beck Verlag, München.
- Leibold, Jürgen/ Thörner, Stefan/ Gosen, Stefanie/ Schmidt, Peter (2012): Mehr oder weniger erwünscht? Entwicklung und Akzeptanz von Vorurteilen gegenüber Muslimen und Juden. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp Verlag, Berlin.
- Nolte, Ernst (1986): Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte. FAZ, 6. Juni 1986. In: Pieper, Ernst Reinhard (Hrsg.): Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Piper Verlag, München/Zürich.
- Orttag, Peter (2004): Jüdische Kultur und Geschichte. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Pirincci, Akif (2014): Deutschland von Sinnen: Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer. Manuscriptum, Waltrop.
- Religionswissenschaftlicher Medien und Informationsdienst (2011): Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften in Deutschland: Mitgliederzahlen. http://www.remidd.de/remid_info_zahlen.htm#judentum. (Aufgerufen am 08.Mai.2014)
- Rensmann, Lars (2007): Zwischen Kosmopolitanismus und Ressentiment: Zum Problem des sekundären Antisemitismus in der deutschen Linken. In: Brosch, Matthias e.a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Metropol Verlag, Berlin.

- Runnymede Trust (1997): Islamophobia: A Challenge to Us All. London.
- Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror: Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland. DVA Verlag, München.
- Shooman, Yasemin (2011): Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz. Heinrich-Böll-Stiftung. <http://heimatkunde.boell.de/2011/07/01/islamophobieantimuslimischer-rassismus-oder-muslimfeindlichkeit-kommentar-zu-der> (Aufgerufen am 22. Mai 2014)
- Spiegel online (25.02.2014): Mark-Zuckerberg-Karikatur: Antisemitismus-Vorwurf gegen "Süddeutsche Zeitung". <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/mark-zuckerberg-wiesenthal-center-kritisiert-sueddeutsche-fuer-antisemitische-karikatur-a-955613.html>. (Aufgerufen am 17. Juni 2014).
- Süddeutsche Zeitung (21.02.2014): Meinungen.
- Waldenegg Berger, Georg Ch. (2000): Antisemitismus: Eine gefährliche Vokabel? In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 9.
- Weinberg, Gerhard (Hrsg.) (1961): Hitlers zweites Buch – Ein Dokument aus dem Jahr 1928. DVA Verlag, Stuttgart.
- Wierlemann, Sabine (2002): Political Correctness in den USA und in Deutschland. Erich Schmidt Verlag, Berlin.
- Zick, Andreas/ Küppner, Beate (2011): Antisemitische Mentalitäten - Bericht über Ergebnisse des Forschungsprojektes Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland und Europa. Universität Bielefeld. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Eigenständigkeitserklärung:

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Bachelorarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Bachelorarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form noch nicht vorgelegt worden.

Unterschrift

München,